

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 08
Telefon: (0226) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein
MdB, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, würdigt die NRW-Schutzmaßnahmen gegen den Smog: Verantwortlich gehandelt. Seite 1

Hugo Brandt MdL setzt sich mit Äußerungen zur Kontaktsperre und dem Hungerstreik der Terroristen auseinander: Späte Diskussion. Seite 3

Dokumentation

Die bayerischen SPD-Europaabgeordneten haben den Plan von US-Präsident Reagan, das ehemalige KZ Dachau im Rahmen seines Aufenthalts in der Bundesrepublik zu besuchen, begrüßt. Wir dokumentieren ihren Brief an den Bonner US-Botschafter, Arthur F. Burns. Seite 5

40. Jahrgang / 15

22. Januar 1985

Smog nicht nur im Ruhrgebiet

Nicht alle Bundesländer haben Belastungsgebiete ausgewiesen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Gefahr ist fürs erste vorüber; die Menschen im Ruhrgebiet und anderswo können buchstäblich wieder aufatmen. Dennoch kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Die "dicke Luft" aufgrund der tagelang andauernden Inversionswetterlage erfordert umgehende Konsequenzen:

1. Sie beweist erneut, daß die bisher ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Entgiftung von Industrie-, Kraftwerks- und Autoabgasen unzureichend sind und zu langsam greifen. Opfer sind die Menschen, die mindestens vorübergehende (Bronchitis, Herz-Kreislauf-Beschwerden und ähnliches), wenn nicht längerfristige Gesundheitsschäden erleiden. Die SPD fordert daher eine Schadstoffabgabe, die denjenigen, der Dreck in die Luft stößt, kräftig zur Kasse bittet und dadurch zum Bau von wirksamen Filteranlagen zwingt.
2. Smog gab es nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in anderen Ballungsgebieten der Bundesrepublik. Nur: an der Ruhr wurde die Bevölkerung gewarnt, der Alarm ausgelöst, der Autoverkehr gestoppt und die Industriefeuerungen wurden gedrosselt. Dies war im Interesse des Schutzes der Gesundheit richtig und notwendig. Andere Bundesländer spielen noch immer mit verdeckten Karten und lassen die Bevölkerung weitgehend im unklaren über die tatsächliche Belastungssituation. So haben bisher nach den Feststellungen des dritten Immissionschutzberichtes der Bundesregierung (1984) nur Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz nach Paragraph 44 Bundesimmissionsschutzgesetz Belastungs-



gebiete ausgewiesen und komplette Emissionskataster erstellt. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben überdies vollständig, Hessen teilweise, die vorgeschriebene Luftreinhaltepläne aufgestellt, die konkrete Schutzvorschriften enthalten. Berlin hat dasselbe getan, allerdings nur für den Schadstoff SO₂.

Den ersten Schritt - Auszeichnung von Belastungsgebieten - haben Bayern und das Saarland getan; an der Saar gibt es auch Emissionskataster, nicht aber Luftreinhaltepläne; in Bayern trifft das nur für die Region Erlangen-Fürth-Nürnberg zu.

Vollständige Fehlanzeige herrscht in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein: dort sind weder Belastungsgebiete ausgewiesen noch Luftreinhaltepläne erstellt. Gebietsweise gibt es jedoch Emissionskataster oder sie sind in Vorbereitung. Das gleiche gilt für Hamburg, dort ist ein Luftreinhalteplan und ein Emissionskataster in Vorbereitung.

Fazit: Smog gibt es nicht nur an der Ruhr, die Landesregierung in Düsseldorf nimmt aber ihre Verantwortung für die Bevölkerung in besonderem Maße ernst und hat daher Schutzmaßnahmen bei Smog gesetzlich verankert und die Grenzwerte mehrfach verschärft. Andere dagegen hüllen sich in Schweigen. Baden-Württemberg zum Beispiel begnügt sich mit Vereinbarungen mit der Industrie und der Einrichtung von Meßstellen. Der Dreck in der Luft macht aber nicht an Ländergrenzen halt. Deshalb müssen die Forderungen lauten:

- Alle Länder müssen handeln und die Vorschriften des Paragraphen 44 Bundesimmissionsschutzgesetz vollziehen;
- die Bürger haben Anspruch auf volle Information über die tatsächliche Schadstoffbelastung und auf rechtzeitige Schutzmaßnahmen;
- die Quellen der Luftverschmutzung müssen endlich verstopft werden. Mit dem umweltpolitischen Zick-Zack-Kurs à la Zimmermann ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

(-/22.1.1985/rs/ks)

+ + +



Späte Diskussion

Zu den Auseinandersetzungen um Kontaktsperre und Zwangsernährung

Von Hugo Brandt MdL

Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Die Vergeßlichkeit scheint eine Krankheit zu sein, die epidemisch auftritt, aber dann mit hohem Fieber. So wird gegenwärtig in Bonn viel über Kontaktsperre und Zwangsernährung geredet, als habe es darüber nicht lange, quälende, bis ins Detail gehende Überlegungen und Auseinandersetzungen gegeben.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich ohnehin schwer getan, dem Kontaktsperre-gesetz zuzustimmen und viele, die dann doch zustimmten, hätten am liebsten ihr Votum nur wenig später widerrufen. Die Praxis der Kontaktsperre in den siebziger Jahren hat schließlich alle Bedenken bestätigt, die man haben konnte. Daher gab es nicht wenige Versuche, das ganze Gesetz zu kassieren, immer mal wieder. Mit dem Gummihammer der Vergeßlichkeit muß jeder bekloppt sein, der jetzt die Anwendung dieses Gesetzes fordert.

Aber ich will niemandem Unrecht tun. Vielleicht hatte das Gerede über Kontaktsperre zur Unzeit auch den ganz und gar trickreichen Hintergrund, das Gesetz zu desavouieren. Denn nichts ist passiert, was seine Anwendung rechtfertigen könnte. Früher ist auch behauptet worden, die Streichung dieses Gesetzes sei schon deshalb nicht notwendig, weil seine Anwendungsvoraussetzungen so hoch gesetzt seien, daß es im juristischen Alltag als nicht existent betrachtet werden könne. Es sei zwar juristisch in Kraft, aber ohne Saft. Hört also auf, damit herumzuspielen.

Das unter rechtlichen, moralischen, sogar religiösen, jedenfalls aber auch medizinischen und psychologischen Gründen im Zusammenhang mit dem Strafvollzugsgesetz durchdiskutierte Problem der Zwangsernährung wird wieder so aufgenommen, als habe es die Diskussionen nicht gegeben. Und als hätten sie nicht zu einem schließlich von allen getragenen Ergebnis geführt.

Anfangs gab es Leute, die meinten, man soll die Hungernden ruhig hungern und auch verhungern lassen. Schließlich sei des Menschen Wille sein Himmelreich. Nicht



wenige unter denen, die diese Meinung vertraten, gehörten auch zu den Radikalen, die jede Stunde einen Häftling an die Wand stellen und erschießen lassen wollten. Haben wir vergessen, daß der schließlich gefundene Kompromiß - zwar nicht in all seinen Teilen glücklich - die Tatsache berücksichtigte, daß es sich in den hier zur Rede stehenden Fällen um Gefangene handelt, für die der Staat die Fürsorgepflicht übernommen hat.

Niemand braucht mich darüber zu belehren, wie scheußlich der Vorgang der Zwangsernährung ist, aber es gibt einen Punkt, von dem an der Hungernde nicht mehr Herr seines Willens ist.

Was wäre dann die Alternative? Sie verrecken zu lassen, was sonst? Dann aber schlag ich vor, das Geschehen in einen Zirkus zu verlagern, Eintrittskarten zu verkaufen, damit möglichst viele sich daran ergötzen können, wie jemand langsam und qualvoll stirbt. Ob sich dann vielleicht auch jemand wegen unterlassener Hilfeleistung schuldig fühlt, ist füglich zu bezweifeln.

Redet darüber, wie Ihr wollt, ich kann es ohnehin nicht verhindern. Wir haben uns einmal entschieden, und ich sehe keine neuen Tatsachen und Erkenntnisse, diese Entscheidungen wieder infrage zu stellen.

Nun habe ich zu denen gehört, die immer wieder einmal dem Verdacht ausgesetzt waren, den Terrorismus nicht ernst zu nehmen. Das war damals schon Quatsch und ist es auch heute. Über die Gefahren bedarf ich keiner Belehrung. Natürlich ist der Terrorismus leider nicht tot, natürlich handelt es sich um schwere und schwerste Verbrechen und nicht um politische Ausdrucksmittel. Aber gerade deshalb muß ihnen mit rechtsstaatlich einwandfreien und moralisch vertretbaren Mitteln entgegengetreten werden. Mit Maßnahmen, deren Rachedgedanken und zum Teil auch deren Kopf-ab-Mentalität nur schlecht verhüllt sind, schaden wir uns, unserem Staat und seiner demokratischen Reputation. (-/22.1.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Europa-Parlamentarier: Wir begrüßen Reagans Plan, Dachau zu besuchen

Die Pläne des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, während seines Besuchs der Bundesrepublik Deutschland auch das ehemalige Konzentrationslager Dachau zu besuchen, haben die bayerischen SPD-Europaabgeordneten begrüßt. Der von Lilo Seibel-Emmerling, Ludwig Fellermaier, Bruno Friedrich, Jannis Sakellariou und Gerhard Schmid an US-Botschafter Arthur F. Burns gerichtete Brief hat den folgenden Wortlaut:

"Die bayerischen SPD-Europaabgeordneten begrüßen es, daß US-Präsident Ronald Reagan aus Anlaß des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Europa nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch ein ehemaliges KZ besuchen will. Wir fordern, daß der deutsche Bundeskanzler und die übrigen Repräsentanten unseres Staates den US-Präsidenten bei seinem Besuch in Dachau begleiten.

Eine Gedenkveranstaltung in Dachau macht vor aller Welt deutlich:

- o Der Zweite Weltkrieg ist untrennbar mit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in Europa verbunden. Das eine ist ohne das andere nicht vorstellbar.
- o In Dachau haben Antifaschisten und Widerstandskämpfer aus ganz Europa gelitten: deutsche Christen und Juden, polnische Priester und französische Sozialisten, sowjetische Kriegsgefangene und spanische Demokraten haben dort den Tag der Befreiung ersehnt. Deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten waren die ersten Gefangenen, die in Dachau mißhandelt wurden.
- o Der Kampf um die Menschenrechte und Menschenwürde ist noch nicht beendet. Wir gehen davon aus, daß Politiker, die Dachau besuchen, die Ideale zu verwirklichen trachten, um derentwillen Millionen geschunden wurden und starben: Freiheit von Rassenwahn, Freiheit von Krieg, Freiheit von sozialer Gerechtigkeit und Ausbeutung.

Der Besuch Präsident Reagans in Dachau sollte diese Ziele erneut bekräftigen.

Wir haben nicht vergessen, daß viele deutsche Sozialdemokraten nur dadurch gerettet wurden, weil sie in den USA Asyl erhielten. Deshalb geben wir auch der Hoffnung Ausdruck, daß in die geplante Gedenkveranstaltung auch ehemalige KZ-Häftlinge einbezogen werden." (-/22.1.1985/rs/ks)

+ + +

